

Volks-Zeitung

Mit „Jede Woche Musik“ Moden-Zeitung Sport-Zeitung Film-Zeitung Hausu.GartenZtg. Techn.Zeitung Witzblatt „ULK“

erschient täglich zweimal. Sonntage Feiertage und Montags... Abonnement monatlich 2.00 Mark...

Verleger: Rudolf Mosse, Berlin S.W. Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin S.W.

Der Kampf um die Rentenbank

Protest der preußischen Regierung gegen den Verordnungsweg

Berlin, 28. November. (Gaz.) Das preussische Kabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, sich der beabsichtigten Umwandlung der Rentenbank in ein landwirtschaftliches Kreditinstitut durch die Reichsregierung in der vorgeschlagenen Form auf dem Wege über § 48 der Reichsverfassung zu widersetzen.

finanzpolitische Maßnahmen unmöglich auf dem Verordnungsweg durchgeführt werden können. Auf der anderen Seite wird im Interesse einer beschleunigten Umwandlung der Rentenbank in ein volkswirtschaftliches Kreditinstitut darauf hingewiesen, daß die Kreditbank der Landwirtschaft immer noch eine sehr große Rolle während der Umwandlung der Rentenbank über die bei ihr vorhandenen ziemlich beträchtlichen Mittel nach den Bestimmungen des Liquidationsgesetzes ohne besondere Genehmigung nicht verfügen könne.



Der bisherige Reichstagsabgeordnete Dr. Schep, Vertreter der volksparteilichen „Belange“ im Reichs-Landbund und im Aufsichtsrat der Rentenbank.

Die preussische Staatsregierung ist nach wie vor der Auffassung, daß das der Entscheidung des neuen Reichstages bei den wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen von derartig weittragender Bedeutung nicht auf dem Verordnungsweg vorgegriffen werden dürfe. Die Zuführung von Krediten an die Landwirtschaft sei auf anderem, von der preussischen Regierung bereits vorgeschlagenen, durchaus sicheres und gangbaren Wege möglich.

Die Umwandlung der Rentenbank in eine landwirtschaftliche Kreditbank, die bekanntlich seit einiger Zeit insbesondere auf Betreiben des Landbundes geplant ist, sollte dem Verordnungswege vorbehalten werden. Die Verhandlungen müssen aber ausgesetzt werden, weil die Vertreter der Reichsregierung entgegen dem Willen der preussischen Regierung die Bestimmungen unter diesen Umständen um drei Wochen verschoben werden. Die Reichsregierung beabsichtigt nunmehr, wie wir von unterrichteter Seite hören, die Umwandlung der Rentenbank in eine landwirtschaftliche Kreditbank auf dem Verordnungsweg durchzuführen. Auch hiergegen dürfte, wie wir weiter erfahren, die preussische Regierung Einspruch erheben. Sie steht auf dem Standpunkt, daß so wichtige wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen nicht auf dem Verordnungsweg durchzuführen sind.

Zaitingers „Enthüllungen“

Die angebliche Unterstützung des Ministers Raynaldi durch den Verband für wirtschaftliche Interessen Eine Interpellation in der Kammer

Paris, 28. November. (Gaz.) Der Abg. Zaitinger legt in seinem Blatt, der „Liberté“, die Enthüllungen über die angebliche Unterstützung verschiedener Mitglieder der angeblichen Wirtschaftlichen Interessen durch den Verband für wirtschaftliche Interessen vor. Der Abg. Bonnet soll behaupten können, daß im Jahre 1919 die Liste derer nicht nur propagandistische, sondern auch finanzielle Unterstützung von dem Verband erhalten habe. Dadurch liege die bedingungslose Abhängigkeit des Abg. Bonnet vom Abg. Raynaldi an dem Verband zu erkennen.

Es hat Nr. 3201 erhalten und zwar ausdrücklich zur Vorbereitung der Wahlkampagne vom Jahre 1924, die ihn schließlich zur Regierung und zwar in das Kabinett Herriot brachte. Bekannt ist demnach Mitglied der Mehrheit Bonnet gewesen. Er habe das Programm des Verbandes für wirtschaftliche Interessen vollständig angenommen. Wenn also Raynaldi sich um Wahlunterstützung umschau, dann wandle er sich an seinen besten Freund, eben an den Verband für wirtschaftliche Interessen.

Als Haupttrumpf spielt Zaitinger die Behauptung aus, daß nicht nur im Jahre 1919, sondern auch im Jahre 1923 verschiedene Mitglieder des Kabinetts Herriot finanzielle Unterstützung von dem genannten Verband erhalten hätten. So habe der Handelsminister Raynaldi am 6. November 1923 10.000 Francs auf den

Die Enthüllungen Zaitingers über die Wahlunterstützung, die Raynaldi vom Verband für wirtschaftliche Interessen erhalten haben soll, haben unter den Abgeordneten der Kammer starke Erregung hervorgerufen. Bereits heute nachmittag wurden diese Enthüllungen in den Bandelgängen der Kammer sehr lebhaft kommentiert. In der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer hat der sozialistische Abgeordnete Zaitinger eine Interpellation in dieser Frage eingereicht.

Die unerfüllten Hohenzollern

Günstige Angebote des Staates labortiert - Gesehgeberische Entschcheidung!

Zeit der Senatsabgeordnete der Reichstages des preussischen Finanzministeriums über einen finanziellen Ausgleich zwischen Preußen und dem früheren Königshaus ist die Auseinanderlegung zwischen beiden Teilen noch nicht um einen Schritt weiter gekommen. Die preussische Verwaltung erstreckt an sich eine vertragliche Vereinbarung, aber sie vermischt ein Eingehen der Reichsregierung auf den finanziellen Ausgleich mit ihrer Angebots, die selbst von weit rechtsstehenden Abgeordneten als durchaus loyal bezeichnet worden sind. Auf die Dauer, das ist die Meinung der preussischen Finanzverwaltung, wird sich der jegliche schlechtere Zustand nicht aufrecht erhalten lassen. Wenn die Vertreter des früheren Königshauses sich nicht durch die ihnen zum Teil nahegelegenen deutschnationalen Parlamentarier zu einer schnelleren Vertragsvollziehung bewegen lassen, dann dürfte nur eine Entschcheidung im Wege der Gesetzgebung übrig bleiben, bei dem natürlich auch der Rechtsstandpunkt durchaus zu wahren wäre. Vorzuziehen allen kann allerdings diesen Weg nicht beschreiten. Die Voraussetzung wäre ein Reichsgesetz, das mit Rücksicht auf den Verfassungartikel 153, der den Schutz des Eigentums gewährleistet, sogar die für Verfassungsänderungen erforderliche qualifizierte Mehrheit haben müßte.

Ruhe in Kairo?

Uebergabe der Verhafteten an die ägyptischen Behörden (Melbung der Funktionisten Rudolf Mossehaus.)

London, 28. November. Die Lage in Kairo ist weiterhin ruhig; der Schulstreik dauert indessen noch an. Die ägyptischen Gefangenen wurden gestern von den britischen Militärposten den ägyptischen Behörden überantwortet, welche Maßnahmen ergreifen werden, um sie nach ägyptischem Recht abzurufen. Heute werden von den ägyptischen Behörden weitere Verhaftungen vorgenommen. Die meisten dieser Personen haben mit früheren Worten offenkundig im Zusammenhang gestanden und waren als Mitarbeiter bereits gefangen und wieder begnadigt. Andere sind der Polizei durch ihren Gesandten überantwortet worden. In Kairo sind auch die britischen Beamten und Soldaten ermordet und vierzig andere verwundet worden. Auch einige angelegene Ägypter sind Mordanschlägen zum Opfer gefallen. Zahlreiche andere Mordanschläge sind erfolglos geblieben.

Ein neuer Vertrag mit dem Kaiser von China. Aus Peking wird gemeldet: Der neugewählte Präsident Tschuan-tschijui beabsichtigt, mit dem ehemaligen Kaiser von China ein neues gerechtes Abkommen bezüglich seiner Abfindung zu treffen.

Schnelldienst

Die Reparationskommission hielt gestern unter dem Vorsitz von Herrn von Helldorf eine Sitzung ab. Der Herr Generalsekretär für die deutschen Reparationsangelegenheiten, Herr Dr. Götter, übertrug seine Bericht über die Tätigkeit der Kommission. Die interalliierte Arbeitskommission hat die deutsche Reparationskommission um die Übertragung der Reparationsangelegenheiten an die deutsche Regierung ersucht. Die deutsche Regierung hat sich dem angedeutet. Die Reparationskommission hat die deutsche Regierung ersucht, die Reparationsangelegenheiten an die deutsche Regierung zu übertragen. Die deutsche Regierung hat sich dem angedeutet.

Die Wahlsprüche des Geistes

Von Julius Bab

Die sogenannten Intellektuellen sind feil Stand und keine Klasse in dem Sinne, wie Unternehmer und Handwerker, Bauern oder Beamte es sind. Der Beruf, sie überhaupt auf irgendwelche Weise einengen, ist sehr fragwürdig. Vielleicht macht den „Intellektuellen“ niemals ein bestimmter Beruf an sich, sondern die Art, wie er seinen Beruf betreibt. Man kann als Schriftsteller und als Maler, als Arzt und als Richter seinen Beruf als ein Handwerk treiben, das einen eben verdient, und dann ist man trotz der intellektuellen Technik des Berufs ein Arbeiter, wie jeder andere, der seinen Beruf als ein Handwerk treibt. Die Intellektuellen sind in der heutigen deutschen Situation eine Wahlsprüche, die aus der gemeinsamen Natur aller Menschen hervorgeht. Man darf nicht denken, daß der Geist, je nachdem er sich auf bestimmtem Gebiet, auf verschiedenen Traditionen erhebt, sehr verschiedene Weltanschauungen, auch politische Weltanschauungen wollen? Ganz gewiß ist das möglich, und es wäre unbillig, den Geistesgenie auf ein individualistisches und ein sozialistisches, auf ein katholisches oder ein freidenkerliches Programm festlegen zu wollen. Aber in einem Punkte kann und muß es eine Solidarität des Geistes geben: Der Geist darf sich nicht feil verneinen, er muß mit dem natürlichen Triebe jeder großen Kraft seine Herrschaft in der Welt wollen, er darf sich nicht an die Gewalt verhalten, darf sich nicht zum Schergen brutaler Mächte erniedern, demnach Zufallsmächte machen. „Kein Mensch kann vernünftiger sein, als solch Schwacher, der den Geist und die Menschlichkeit, für die er ausgeliefert ist, und denen er verpflichtet wäre, verleugnet, und sich zu den Stärken und Roben schließt.“ Das ist ein Wort von Heinrich Mann — und ein sehr gutes Wort.

In unserer heutigen Situation aber ist die Wahlsprüche des Geistes ganz eindeutig ein Aufruf für die Republik. Was sich hinter der deutschnationalen Partei (und ihren nichts als schwächlichen Wandlangern in der Deutschen Volkspartei) verbirgt, das ist ja durchaus nichts anderes als der Wille der alten preussischen Herrscherskaffe, wieder zur Macht zu kommen. Nichts als dieser Wille — das zeigt sich in der vollkommenen Stumpfheit, mit der alle nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Programmpunkte hin und her geschoben werden, sobald es sich darum handelt, die Machtposition zurückzuerobern. Dies ist aber durch den geschichtlichen Zufall begründet: Macht einer alten Herrscherskaffe, die nachkommen von alten Großen und späteren Gefolgsmännern ist, die als Grundbesitzer, als Offiziere und Beamte im wilhelminischen Deutschland bei allem Schein von Verfassung die tatsächliche Macht in Händen hielt. Und ihr Kampf gegen die Republik, der sie ja keine klare staatsrechtliche Idee, geschweige denn eine monarchische Kandidatur entgegenzusetzen haben, ist gar nichts als der Wille, die leide nach dem Verfall der Monarchie, aber doch immer erhaltene Macht dieser Klasse wieder zu befähigen und zur Allein herrschaft zu bringen. Es sind keinerlei Qualitäten des Geistes und der